
Deutschlands Einheit und die europäische Einigung

Helmut Kohl

Noch vor etwas mehr als zehn Jahren bestimmten die Grenztruppen der DDR und der Staatssicherheitsdienst, das Organ der SED zur Unterdrückung der Bürger in der ehemaligen DDR, was mitten in Deutschland, in Berlin und zum Beispiel im Bahnhof Friedrichstraße geschah. Der Berliner Volksmund hat diesem Ort den ebenso mitfühlenden wie treffenden Namen „Tränenpalast“ gegeben. Familienmitglieder und Freunde, die durch die Mauer getrennt waren und sich kurz im Ostteil der Stadt sehen durften, wurden an dieser Halle, in der die Passkontrollen stattfanden, wieder auseinander gerissen. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung finden dort Konzerte und andere Musikveranstaltungen statt. Die Menschen treffen sich dort, um zu feiern und fröhlich zu sein. Aus einem Ort des Abschieds und der Tränen ist eine Stelle der Freude geworden. Der „Tränenpalast“ ist eines der vielen Symbole, die zeigen, wieviel sich in Deutschland verändert hat. Der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 zählen zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte Deutschlands. Der 3. Oktober 1990 war für uns Deutsche ein Geschenk, ein Glücksfall. Mit Gottes Hilfe haben wir die Deutsche Einheit erreicht. Seit zehn Jahren können wir gemeinsam – in Ost und West – in Freiheit zusammen leben. Wir können gemeinsam unsere Zukunft im 21. Jahrhundert gestalten. Wir haben allen Grund, uns darüber zu freuen und von Herzen dafür dankbar zu sein. Es gibt allen Grund, jenen, die die Einheit Deutschlands möglich gemacht haben, zu danken: unseren Landsleuten in der damaligen DDR, die sich in Kirchen zum Gebet und auf Plätzen zum Protest versammelt haben. Sie riefen den Machthabern zu: „Wir sind das Volk!“ Bald darauf lautete der Ruf trotz des Terrors der Stasi:

„Wir sind ein Volk!“ Ihr Mut und ihre Taten sind ein Bestandteil deutscher Geschichte, und sie zählen zu den besten Kapiteln deutscher Geschichte.

Der Dank der Deutschen gilt vor allem auch der Unterstützung, die dem Land bei der Wiedervereinigung tatkräftig aus dem Ausland zuteil wurde. Zu nennen ist vor allem Michail Gorbatschow, dessen Mut und Weitsicht. Mit seinem neuen Denken und der Perestroika hat er die Wende der sowjetischen Politik begründet. Sein Name wird untrennbar mit dem Ende des Kalten Krieges und des Rüstungswettlaufes verbunden bleiben. Damit hat er den Weg zur friedlichen Revolution in der DDR freigemacht. Ebenso wichtig ist George Bush, der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Ohne ihn wäre die Deutsche Einheit niemals möglich gewesen. Er war und ist ein großer Repräsentant seines Volkes, erfüllt von den großen Ideen der Freiheit und Selbstbestimmung, die in der amerikanischen Nation lebendig sind.

Viele andere haben geholfen: Da war die ungarische Regierung, die im Sommer 1989 die Grenzen öffnete. Damit wurde der erste Stein aus der Mauer herausgebrochen. Dies werden wir den Ungarn nie vergessen! Die Polen mit der freien Gewerkschaft, der Solidarność, rüttelten an den Ketten der Diktatur und sprengten sie schließlich. In diesem Zusammenhang sind auch unsere Freunde in Prag zu nennen, der Prager Frühling des Jahres 1968 und die Ideen, die von dort aus als Botschaft um die Welt gingen.

Von den Partnern in der Europäischen Union war es ganz besonders Präsident Jacques Delors, dem der Dank gilt für seine große Unterstützung, die er mir und dem deutschen Volk in den Jahren 1989 und 1990 hat zukommen lassen. Als damaliger Präsident der Europäischen Union hat er nicht gezögert und uns, wo immer er es konnte, geholfen, die Wiedervereinigung zu erreichen. Dafür genießt Jacques Delors in Deutschland große Anerkennung.

Felipe González, der damalige Ministerpräsident Spaniens, hat die Deutschen von der ersten Minute an unterstützt. Er hat ebenso wie Jacques Delors in keiner Sitzung – vor allem

bei dem dramatischen Treffen in Straßburg – auch nur einen Zweifel daran aufkommen lassen, dass er den Weg der Deutschen zur Einheit ihres Vaterlandes mit ganzem Herzen fördert.

Aber ich erinnere mich auch noch gut an die Fragen, die damals gestellt wurden:

- Würde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in der Wertegemeinschaft des westlichen Bündnisses bleiben? Oder strebte sie eine Neutralisierung an, wie sie in den Köpfen vieler Sozialdemokraten herumspukte?
- Wie würde das vereinte Deutschland überhaupt mit seinem veränderten Platz in der Staatengemeinschaft zurechtkommen?
- Würde Deutschland – mit seinen 80 Millionen Einwohnern in der Mitte des Kontinents – nicht die Statik des Europäischen Hauses sprengen?

Diese Fragen mussten mit Blick auf die deutsche Geschichte ernst genommen werden. Heute steht fest, dass die Ängste und Besorgnisse vieler unserer Freunde in der Welt gegenstandslos waren. Es ist uns gelungen, innerhalb nur weniger Monate zu erreichen, dass die Deutsche Einheit mit Zustimmung all unserer Nachbarn Wirklichkeit werden konnte. Darauf bin ich besonders stolz. Vergleichbares hat es in der europäischen Geschichte nie gegeben. Und das war nicht selbstverständlich, weil bei unseren Nachbarn und vielen in der Welt die Befürchtung umging, durch die Deutsche Einheit würde ein Ort der Instabilität entstehen. Alte Ängste wurden wieder wach.

Wir dürfen uns über die Zurückhaltung in manchen europäischen Nachbarländern nicht beklagen. Die Erinnerung an Krieg und Nazi Herrschaft war noch zu lebendig. Wie sah es vor zehn Jahren mit der Zustimmung zur Deutschen Einheit in der Bundesrepublik Deutschland aus? Wahr ist, dass die große Mehrheit unserer Bevölkerung Ja gesagt hat zur Deutschen Einheit.

Aber ich denke auch an weite Teile der politischen Linken, die das Verfassungsziel, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, bereits aufgegeben hatten. Es gehört zur historischen Wahrheit, dass die SPD in ihrem Grundsatzpapier mit der SED noch im August 1987 geschrieben hat: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, währenddessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft.“ Damit hat die SPD das Verfassungsziel der Deutschen Einheit in dem Jahr aufgegeben, in dem Johannes Rau Kanzlerkandidat seiner Partei war. Und es war Gerhard Schröder, der noch am 12. Juni 1989, fünf Monate bevor die Mauer fiel, feststellte: „Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“ Viele führende deutsche Sozialdemokraten hatten das Ziel der Deutschen Einheit aufgegeben.

Es waren nicht nur Sozialdemokraten, die das Verfassungsziel der Deutschen Einheit nicht mehr verfolgten. Insbesondere DIE GRÜNEN hatten sich von der Präambel des Grundgesetzes verabschiedet. Joschka Fischer sagte am 27. Juli 1989, also nur wenige Wochen, bevor die Ungarn ihre Grenze für die Deutschen aus der DDR öffneten: „Die Forderung nach der Wiedervereinigung halte ich für eine gefährliche Illusion. Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“ Und im Herbst 1989 sagte der heutige Außenminister: „Vergessen wir die Wiedervereinigung, halten wir die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber.“

Hätten sich die politische Linke und ihr intellektuelles Umfeld 1989 durchgesetzt, wäre es nicht zur Öffnung der Grenzen und zur Ausreise der Botschaftsflüchtlinge gekommen. Das wissen auch SPD und Grüne, und deswegen wird vieles unternommen, werden Reden gehalten und Bücher geschrieben, um die Geschichte umzuformulieren und zu verfälschen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ich will noch ein anderes Beispiel anfügen, weil die Zeit so schnelllebig ist und weil vieles bewusst verwischt wird. Ich erinnere an die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, die einmal von allen Bundesländern in der Überzeugung, dass der Tag der Deutschen Einheit kommen werde, eingerichtet wurde. Dort wurden beweiskräftige Unterlagen über Menschenrechtsverletzungen und Straftaten des Unrechtsregimes der SED gesammelt. Wir wissen von Insassen der DDR-Gefängnisse, dass allein der Hinweis auf das Register in Salzgitter bei manchen Gefangenenerwärttern zu einer gewissen Vorsicht geführt hat. Das wusste auch Erich Honecker, der immer wieder mit Nachdruck forderte, dass die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter aufgelöst würde. Umso unbegreiflicher ist es, dass die Ministerpräsidenten der SPD – an der Spitze das Land Nordrhein-Westfalen – in den Jahren 1988 und 1989 beschlossen, ihre finanzielle Unterstützung dieser Einrichtung der Bundesrepublik zur Dokumentation des Unrechts zu streichen.

Im Unterschied zu vielen Sozialdemokraten und den meisten Grünen hat sich die Union seit ihrer Gründung als die Partei der Deutschen Einheit verstanden. Wir haben dieses Ziel unserer Verfassung nie aufgegeben. Als SPD und SED gemeinsam ihr Grundwertepapier im August 1987 verabschiedeten, habe ich anlässlich des Besuches des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im September 1987 in Bonn bei meiner Rede festgestellt: „Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, dass dies dem Wunsch und dem Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.“ Wir alle wussten nicht, *wann* die Deutsche Einheit kommen würde. Aber ich war immer davon überzeugt, *dass* sie kommen wird.

Und weil wir dieses Ziel immer vor Augen hatten, haben wir auch unsere Politik darauf ausgerichtet. Die Deutsche Einheit war kein zufälliges Ereignis, sondern Ergebnis einer lang-

fristig angelegten Politik. Es war Konrad Adenauer, der bereits wichtige Grundlagen zur Deutschen Einheit geschaffen hat. Er hat die Grundlagen für die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der freien Welt gelegt. Zur historischen Wahrheit gehört, dass CDU und CSU erst nach Zögern, nach langen Kämpfen und bitteren Erfahrungen die Ostpolitik unterstützt und fortgesetzt haben. Ich sage das auch mit Respekt vor der Leistung Willy Brandts. Ich schließe Helmut Schmidt mit seinem Beitrag zum KSZE-Prozeß ausdrücklich in diese Feststellung mit ein. Das alles waren Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Die Union hat nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Deswegen ist es uns auch gelungen, in nur wenigen Monaten in den Jahren 1989 und 1990 die Deutsche Einheit zu verwirklichen. In dieser nur kurzen Zeitspanne stand das Tor der Geschichte einen Spalt weit offen. Wir haben diese Chance genutzt. Wir sind durch das Tor gegangen und haben mit Gottes Hilfe und vielen Freunden die Wiedervereinigung erreicht. Es waren in kurzer Zeit wichtige Entscheidungen zu treffen. Ich denke an die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und die wichtigen Beiträge von Theo Waigel und Hans Tietmeyer. Der Einigungsvertrag war eine große persönliche Leistung von Wolfgang Schäuble und Günther Krause. Nach den Katastrophen zweier Weltkriege und den schlimmen Taten, die im deutschen Namen vielen angetan wurden, sollten wir die Einheit in Frieden und Freiheit als ein Geschenk begreifen. Für die Zukunft bleibt es unsere Aufgabe, die Vollendung der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung weiter voranzutreiben. Das Geschenk der Einheit verpflichtet uns dazu. Denn ohne diesen Weg nach Europa wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Ohne die Politik der europäischen Integration, der Aussöhnung mit unseren Nachbarn und der Abkehr von nationalstaatlicher Machtpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts hätte es keine Deutsche Einheit gegeben und – was noch wichtiger ist für die Zukunft – gäbe es keine friedliche Zukunft für Deutschland in Europa. Es ist wichtig, dass der Satz von

François Mitterrand nie vergessen wird, den er einmal voller Leidenschaft ausgerufen hat: „Nationalismus – das ist der Krieg, und wir wollen den Frieden.“ Umgekehrt kann man sagen: Das vereinte Europa, das ist der Frieden, der Frieden in Freiheit, der Frieden in gegenseitiger Achtung und Partnerschaft und Freundschaft.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts hat unser Kontinent, dort wo sich die Europäische Einigung entfalten konnte, eine Periode erlebt, wie es sie friedlicher und freier zuvor nicht gegeben hat. Die Europäische Einigung hat aus Gegnern und Feinden Partner und Freunde gemacht. Sie hat das Europa der Europäischen Union zu einem Hort von Frieden und Freiheit, Sicherheit und Stabilität gemacht – und nicht zuletzt auch zu einem beachtlichen Maß an Wohlstand geführt. All dies hängt unmittelbar mit der Politik der Europäischen Einigung zusammen, und deswegen muss diese Politik weitergehen.

Wir müssen den Bau des Hauses Europa weiter vorantreiben. In den letzten Jahren sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Wir sollten uns viel öfter klarmachen, was es im Blick auf die europäische Geschichte bedeutet, dass in Straßburg Abgeordnete aus Palermo, London, Den Haag oder Helsinki – und bald auch aus Warschau, Prag oder Budapest – gemeinsam in einem frei und direkt gewählten Europäischen Parlament sitzen. Dies hätte vor den Veränderungen in den Jahren 1989/90 niemand für möglich gehalten.

Wir Deutschen haben seit der Deutschen Einheit sehr viel geleistet. Die Deutsche Einheit findet die große Zustimmung der überwältigenden Mehrheit in unserer Bevölkerung. Es waren riesige Aufgaben, die beim Neuaufbau der neuen Länder übernommen worden sind. Von den Menschen wurde enorm viel verlangt: Sie mussten sich auf eine völlige Veränderung ihrer Lebensumstände einstellen und mit neuartigen, ungewohnten Anforderungen fertig werden. Sie taten das mit großem Einsatz, Fleiß und Kreativität. Dafür gebührt ihnen Anerkennung und Dank – und dabei haben sie Anspruch auf tatkräftige Unterstützung. Jedem in Deutschland muss klar sein, dass der

weitere Aufbau Ost in den nächsten Jahren enorme Kraftanstrengungen erfordert. Wir sind auf dem Weg zu dem Ziel, selbsttragende wirtschaftliche Strukturen in den neuen Ländern aufzubauen. Wir können dieses Ziel erreichen, wenn alle politisch Verantwortlichen sich dafür mit ganzer Kraft einsetzen.

In den 40 Jahren Teilung haben sich die Menschen in Deutschland weiter auseinandergelebt, als viele – und auch ich – gedacht haben. Dies lässt sich nicht über Nacht auslöschen. Die Unterschiedlichkeit der Lebenswege der Menschen und die Vielfalt der Regionen entsprechen seit jeher deutscher Geschichte und Tradition. Deswegen habe ich keinen Zweifel, dass es uns gelingen kann, die verschiedenen Erfahrungen neu zusammenzubinden. Dies kann unserem Land nur gut tun.

Neben der Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes müssen wir in Europa Schritt für Schritt vorangehen. Dabei geht es um drei wichtige Zukunftsaufgaben:

Zum einen muss die innere Ordnung an das sich erweiternde Europa angepasst werden. Die damalige Europäische Gemeinschaft war für sechs Mitglieder konzipiert. Heute umfasst die Europäische Union 15 Mitglieder mit 370 Mio. Einwohnern. Bei Aufnahme aller 13 Beitrittskandidaten hätte die EU ca. 540 Mio. Einwohner. Wichtig ist, und dafür müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die innere Stabilität der EU erhalten bleibt. Dabei ist ganz entscheidend, dass das Prinzip der Subsidiarität gilt. Das heißt für die Europäische Union, dass die Entscheidungen möglichst nahe bei den Menschen getroffen werden. Das ist Bürgernähe im besten Sinne des Wortes. Und was für die Europäische Union zwingend gemeinsam entschieden werden muss, kann nur in Strassburg oder Brüssel beschlossen werden. Anderes muss auf der nationalen Ebene oder in den Regionen, bei uns in den Bundesländern, geregelt werden. Wir wollen kein zentralistisches Europa. Wir wollen ein lebensfähiges Europa, in dem seine Vielfalt und Unterschiedlichkeit gewahrt bleiben.

Als zweites kommt es darauf an, dass die EU einen klaren Kurs auf die Erweiterung steuert. Die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa müssen wissen, dass sie sich auf ihre euro-

päischen Partner verlassen können. Aus Mangel an Mut oder weil wir mit innenpolitischen Problemen nicht fertig werden, dürfen wir nicht neue Barrieren und Hindernisse aufbauen. Natürlich können wir den Beitrittsländern nur Hilfe zur Selbsthilfe geben. Diese Länder und ihre Regierungen müssen selbst und zum Teil unter erheblichen Opfern die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Aber diese Staaten brauchen eine konkrete Perspektive. Sie müssen wissen, die Anstrengungen lohnen sich.

Und drittens: Das Schlüsselprojekt auf dem Weg zu einem geeinten Europa ist und bleibt die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Sie muss auch in Zukunft konsequent als eine Stabilitätsgemeinschaft gestaltet werden. Es ist gelungen, die Europäische Union zu einem attraktiven Wirtschaftsraum zu entwickeln. Schon die große Zahl der Beitrittskandidaten spricht dafür. Der Euro hat eine positive Entwicklung in Gang gesetzt und zahlreiche strukturelle Veränderungen vorangetrieben.

Diese junge Währung hatte im Frühsommer 1998 einen guten Start. Und trotz der folgenden Schwäche im Verhältnis zum Dollar hat der Euro meines Erachtens eine gute Zukunft. Der Stabilitätspakt von Maastricht funktioniert, und das Wirtschaftswachstum in Kontinentaleuropa hat sich seit 1999 deutlich beschleunigt. Die wirtschaftlichen Grunddaten sind deshalb nicht Ursache der Eurowechselkursschwäche. Die Euroländer sind verpflichtet, alle notwendigen Reformen einzuleiten, um weiterhin die Maastricht-Kriterien einzuhalten und Europa als einen starken Wirtschaftsraum zu erhalten. Außerdem muss klar sein, dass Länder, die neu in die Eurozone aufgenommen werden wollen, die strengen Stabilitätskriterien einhalten müssen.

Der Euro ist weit mehr als ein Zahlungsmittel. Im Jahr 2002 wird in Paris, in Madrid, in Rom und in München mit derselben Währung bezahlt und danach auch in anderen Staaten Europas. Für unsere Kinder und Enkel wird es ganz selbstverständlich sein, in ganz Europa mit *einer* Währung einzukaufen. Mit der gemeinsamen Währung wird die Europäische Union

als Friedens- und Freiheitsordnung für das 21. Jahrhundert noch enger zusammenwachsen. Zur Politik der europäischen Integration gibt es keine verantwortbare Alternative.

Die Kinder, die nach der Wiedervereinigung geboren sind, wachsen in einem vereinten Deutschland auf und werden sich gar nicht mehr vorstellen können, dass unser Vaterland einmal geteilt war. Sie werden sich kaum vorstellen können, dass es mitten in Berlin, mitten in Deutschland Stacheldraht und Minenfelder gab, dass dort geschossen wurde und Menschen bei ihrem Versuch, von Deutschland nach Deutschland zu gelangen, ihr Leben verloren.

Diese Schüler werden ganz selbstverständlich in einer Klasse zusammensitzen mit Mitschülern, deren Eltern aus unterschiedlichen Teilen Deutschlands stammen. Sie werden die Chance haben, junge Menschen aus Frankreich, Italien, Dänemark, Polen, Ungarn oder Estland ganz selbstverständlich zu treffen. Diese Generation hat alle Chancen, in einem Europa aufzuwachsen, in dem Frieden und Freiheit herrschen. Beides gehört untrennbar zusammen. Dort wo es keine Freiheit gibt, wird es auch keinen Frieden geben. Und diese Generation wird keinen Krieg mehr in Mitteleuropa erleben müssen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, alles dafür zu tun, damit diese Vision eines vereinigten Europas Wirklichkeit wird.